

Das Ende einer moralischen Wunschwelt

geschrieben von Admin | 25. April 2022

von Edgar L. Gärtner

Ich weiß nicht, ob Wladimir Putin ein Werkzeug der Vorsehung ist oder sich als solches empfindet. Jedenfalls hat er mit seinem nicht völlig überraschenden Angriff gegen das ehemalige russische Bruderland Ukraine gewisse in Wunschträumen gefangene Angehörige des westlichen polit-medialen Komplexes mit einem Schlag zurück in die harte Realität geschleudert. Im Moment, in dem ich diese Zeilen schreibe, ist es völlig offen, wem die vom Westen unter Führung der US-Regierung unter Joe Biden als Antwort gegen die Invasion der Ukraine verhängten wirtschaftlichen Sanktionen am meisten schaden werden. Klar ist hingegen, dass die auf Illusionen beruhende westliche Kultur des Hedonismus bald ein jähes Ende finden wird. Schon ist vom Anbruch eines neuen Zeitalters die Rede. Doch dahinter verbergen sich gleich neue Illusionen. Wie ist es überhaupt zum Realitätsverlust westlicher Eliten gekommen? Sicher gibt es dafür nicht die eine, sondern verschiedene Ursachen. Eine davon – und sicher nicht die unwichtigste – ist die Verdrängung der vorbehaltlosen Wahrheitssuche durch den subjektivistischen Konstruktivismus.

Man muss nicht Immanuel, Kant oder Karl R. Popper gelesen haben, um verstehen zu können, dass Konstruktivismus in jedem menschlichen Erkenntnisprozess eine Rolle spielt. Wir sehen die Natur nicht einfach wie sie ist. Vielmehr arbeiten Auge und Hirn beim Sehvorgang eng zusammen. Wer nicht weiß, was er sehen will, dem fällt zunächst wenig bis gar nichts auf. Man findet nur, was man sucht (was Zufallsfunde nicht ausschließt). Unsere Beobachtung ist von Emotionen und Theorien geleitet. Die Konstruktion der Bilder, an denen wir uns orientieren, sind Ergebnis von Denkprozessen, die genaugenommen sogar außerhalb des Körpers stattfinden.

Von Konstruktivismus reden wir, wenn der Prozess der gedanklichen Konstruktion von Wirklichkeit gegenüber der (naiven) Beschreibung des Vorgefundenen favorisiert wird. Das kann so weit gehen, den Menschen grundsätzlich die Fähigkeit zum Erkennen der objektiven, außermenschlichen Realität abzuspochen. Der gemäßigte Konstruktivismus der Erlanger oder Konstanzer Schule hat sich als Anwendung des philosophischen Nominalismus (nach Wilhelm von Ockham) demgegenüber in der wissenschaftlichen Forschung größtenteils als durchaus hilfreich erwiesen. (Im Gegensatz zum erkenntnistheoretischen Realismus nach Plato, Aristoteles und Thomas von Aquin hält der Nominalismus Allgemeinbegriffe lediglich für Bezeichnungen, denen keine realen Sachverhalte entsprechen müssen.) Zum Beispiel legt es der Nominalismus nahe, in einem Ökosystem keinen Überorganismus zu sehen, sondern ein aus

einer zunächst unüberschaubaren Vielfalt im Hinblick auf konkrete wirtschaftliche Nutzungsinteressen oder politisch-ideologische Vorgaben ausgewähltes Beziehungsgeflecht zwischen verschiedenen Organismenarten: ein Ökosystem-Modell. Ändert sich das Naturnutzungsinteresse, ändert sich auch der Blickwinkel der Ökosystemforschung. Es gibt kaum einen anderen Weg, um in einer unüberschaubaren Vielfalt von Beziehungen zwischen Tausenden verschiedener Organismenarten eine Hierarchie ausmachen zu können.

Es geht bei diesem Vorgehen also nicht um die Frage nach dem Wesen der Dinge unabhängig von menschlichen Interessen und subjektiven Einflüssen, sondern zunächst ausschließlich um die Beantwortung von Wie-Fragen. Für ontologische Was-Fragen bleiben Theologie und Philosophie zuständig, sofern man diesen aus ideologischen Gründen nicht ohnehin das Existenzrecht abspricht. Mehr oder weniger radikale Konstruktivisten sind sich mit kritischen Rationalisten im Gefolge von Karl R. Popper einig in der Kritik des naiven Realismus: Wir Menschen sind nicht in der Lage, die Realität ohne Zuhilfenahme theoretischer Konstruktionen einfach abzubilden, wie es Primitiv-Versionen des dialektischen Materialismus annahmen. Das bedeutet aber nicht, dass der scholastische Universalienstreit des späten Mittelalters endgültig zugunsten des Nominalismus entschieden worden sei. Realismus und ontologische Herangehensweise, d.h. die Suche nach dem Wesen von Sachverhalten behalten m. E. ihre Berechtigung.

Immerhin gibt es eine ganze Reihe von wissenschaftlichen Entdeckungen, die unabhängig von den Motiven der Forscher Bestand haben. Dazu gehören physikalische Naturkonstanten wie die Lichtgeschwindigkeit, das Planck'sche Wirkungsquantum und die Elementarladung oder auch geometrische Konstanten wie die Kreiszahl π oder die Proportion des Goldenen Schnitts. Bei diesen Konstanten handelt es sich offenkundig nicht um Konventionen, die diplomatisch ausgehandelt und im Konsens zwischen Wissenschaftlern und Bürokraten festgelegt werden. Auch die bekannte Einstein'sche Formel $E=mc^2$ ist alles andere als ein gedankliches Konstrukt, auch wenn sie zunächst nur theoretisch hergeleitet und erst später experimentell geprüft werden konnte. M. E. ist „Entdeckung“ ein zu schwacher Begriff, um der Bedeutung der Formel $E=mc^2$ gerecht zu werden. „Offenbarung“ fände ich treffender. Ich halte grundlegende Naturgesetze ohnehin für Offenbarungen. So etwas wie ewige Wahrheit existiert also und es gab diese schon lange bevor der erste Mensch auf Erden auftauchte. Es gibt allerdings keinen leichten Weg zum Verständnis komplexer Sachverhalte und Prozesse.

Bewährt hat sich m. E. die Forderung des kritischen Rationalismus nach Karl R. Popper, alle Schlussfolgerungen wissenschaftlicher Forschung als mehr oder weniger vorläufige Hypothesen zu betrachten. Diese Hypothesen sollten allerdings so klar formuliert werden, dass es möglich ist, Strategien zu ihrer Widerlegung zu entwickeln. Hypothesen, die nicht

zumindest theoretisch widerlegbar sind, weil sie der formalen Logik widersprechen, gehören nicht in die Wissenschaft (was nicht heißt, dass sie falsch sein müssen). Solange eine Hypothese nicht in aller Form widerlegt ist, gilt sie als Wahrheit, allerdings nur provisorisch. Die Wissenschaft schreitet nach diesem Verständnis also in Form einer negativen Auslese voran.

Im Bereich der Naturwissenschaften werden Hypothesen heute vornehmlich in Gestalt formalisierter Modelle vorgestellt, deren Prognosefähigkeit in Form von Computersimulationen getestet werden können. Am aufschlussreichsten sind dabei Testläufe, die versuchen, bekannte Messreihen der Vergangenheit zu reproduzieren. Widerspricht die Simulation den bekannten Daten, ist das Modell eindeutig widerlegt. Kann das Modell die Daten mit ausreichender Präzision reproduzieren, ist seine Richtigkeit dadurch aber noch nicht bewiesen. Keines der in den bislang sechs in den offiziellen Berichten des „Weltklimarats“ IPCC berichtigten Klima-Modelle kann übrigens die bekannte Temperaturentwicklung der Vergangenheit und insbesondere die von Historikern nachgewiesene mittelalterliche Warmzeit reproduzieren!

Transzendente Wahrheit

Da es wie angedeutet, durchaus überzeitliche, wenn nicht ewige Wahrheiten und sogar die für uns Menschen vollständig nie ergründbare absolute Wahrheit im Sinne der Bibel und des Naturrechts gibt, d. h. die unverrückbare Wahrheit über die inhärente Würde der Schöpfung und die unwandelbare Natur des Menschen als freundliches, einfühlsames und transzendenzfähiges, aber auch sündiges Wesen, kann das nützliche Modell der negativen Wissensauslese keine universelle interdisziplinäre Gültigkeit beanspruchen. Papst Johannes-Paul II. hat in seiner Enzyklika „*Veritatis splendor*“ (August 1993) betont, dass nur die Anerkennung der transzendenten Wahrheit die menschlichen Gemeinschaften vor dem Abgleiten in den Totalitarismus schützen kann: *„Wenn es keine transzendente Wahrheit gibt, in deren Gefolge der Mensch zu seiner vollen Identität gelangt, gibt es kein sicheres Prinzip, das gerechte Beziehungen zwischen den Menschen gewährleistet. Ihr Klasseninteresse, Gruppeninteresse und nationales Interesse bringt sie unweigerlich in Gegensatz zueinander.“*

Leider stößt die naturrechtliche Argumentation, die immerhin zu den wesentlichen rechtsphilosophischen Begründungen des bundesdeutschen Grundgesetzes zählt, in den letzten Jahren im Westen auf zunehmendes Unverständnis. Der Auftritt Papst Benedikts XVI. im September 2011 vor dem Deutschen Bundestag dürfte für lange Zeit der letzte Versuch gewesen sein, an die Bedeutung des Naturrechts für die Begründung des modernen Rechtsstaates zu erinnern. Seither geht die Entwicklung mit Riesenschritten in die Gegenrichtung.

In der so genannten Covid-Pandemie haben die Kirchen in Deutschland so total versagt, dass der kleine Rest verbliebener Gläubiger sich fragen

muss, ob sie sich jemals noch davon wird erholen könnten. Der Bündner Domherr Martin Griching hat es in der NZZ vom 7. Januar 2022 auf den Punkt gebracht: „...Corona hat, zumindest in den westlichen Ländern, den letzten spirituellen Notnagel falsifiziert, nämlich den, dass Not beten lehre. Religion ist nicht einmal mehr der «Seufzer der bedrängten Kreatur», wie Karl Marx geunkt hat.“ Es ist die Abwesenheit von primitiver Todesangst, die gläubige Christen von den Heiden unterscheidet. Nach der „Pandemie“ ist leider kaum noch ein Unterschied zwischen beiden auszumachen. Die große Mehrheit der Taufschein-Christen hat vorschnell akzeptiert, mit Menschen gleichgestellt zu werden, denen gegenüber sie sich eines Vorsprungs von 2.000 Jahren gewiss sein sollten. Diese Kapitulation gegenüber dem Heidentum erklärt wohl zu einem großen Teil den sich im ehemaligen Westen ausbreitenden Selbsthass, der tendenziell alle Übel der Welt der Schuld des alten weißen Mannes zuschreibt. Ich halte Selbsthass für die gefährlichste Form des Hasses, weil dieser letzten Endes zur Vergiftung aller gesellschaftlichen Beziehungen führen kann.

Konsens statt Wahrheit

Die auf Thomas von Aquin zurückgehende Korrespondenz-Theorie der Wahrheit, d.h. Wahrheit als Entsprechung von Sachverhalt und Bewusstsein, gilt inzwischen als altmodisch. An ihre Stelle trat die Konsenstheorie der Wahrheit. Wahrheit gilt danach als Konvention, die bei der nicht unbedingt qualifizierten Bevölkerungsmehrheit auf Zustimmung trifft. Um zu einem einheitlichen Verständnis von Problemen in Natur und Gesellschaft zu gelangen, werden heute mit immer größerem Propaganda-Aufwand Erzählungen (Narrative) verbreitet, um die Bevölkerung geistig gleichzuschalten. Fakten, die dem offiziellen Narrativ widersprechen, werden mithilfe der Technik des „Framing“ diskret ausgeblendet oder ihre Erwähnung gar unter Strafandrohung gestellt. Sehr aufschlussreich ist in diesem Zusammenhang der politische Missbrauch der psychisch behinderten schwedischen Schülerin Greta Thunberg. Ihre Parole „Hört auf die Wissenschaft!“ ist in Wirklichkeit eine Kampfansage an die wissenschaftliche Kultur des Vertrauens in die Vernünftigkeit des Schöpfers wie an die grundsätzliche Erkennbarkeit der Welt und gleichzeitig die Anerkennung der Berechtigung der Selbstkritik und des Zweifels an der Tragweite der menschlichen Erkenntnisfähigkeit, die den Aufstieg des christlichen Europa zum weltweit erfolgreichsten Wirtschaftsraum erst ermöglicht haben.

„Klimaschutz“ erscheint bei den Freitags die Schule schwänzenden Gören als Imperativ, der rational nicht hinterfragt werden darf. Es wird so getan, als sei „Klimaschutz“ lediglich die logische Fortsetzung des Umweltschutz-Anliegens. Doch während sich Umweltschutz-Anstrengungen mit konkreten Verbesserungen unserer natürlichen Lebensbedingungen beschäftigen, bezieht sich der Begriff „Klima“ auf ein Abstraktum, d.h. die Statistik des Wetters einer bestimmten Region über einen Zeitraum von 30 Jahren. Wie soll ein solches Abstraktum geschützt werden können, wo es doch qua Definition in der Vergangenheit liegt? Das gilt erst

recht für das Konstrukt eines durch uns Menschen gewollt oder ungewollt manipulierbaren „Weltklimas“. Hätte dieser Begriff „Weltklima“ einen Realitätsgehalt, dann müssten am Äquator und in den Pol-Regionen der Erde die gleichen Temperatur- und Niederschlagsverhältnisse herrschen. Einen Sinn bekäme der Begriff allenfalls beim Vergleich unseres Planeten mit seinem Trabanten, dem Mond. Auf seiner Sonnenseite empfängt der Mond etwa die gleiche Strahlungsenergie wie die der Sonne zugewandte Seite der Erde. Doch die Temperatur des Mondes steigt dabei bis auf fast 130°C, während auf der Erde selbst in Extremfällen höchstens ein halb so hoher Wert erreicht werden kann. Daraus geht hervor, dass die Erdatmosphäre unterm Strich kühlend wirkt. Die Erdatmosphäre funktioniert also, als Ganzes gesehen, nicht wie ein Glashaus. Über den Beitrag der einzelnen Gas-Komponenten der Atmosphäre (einschließlich der so genannten Spurengase) ist damit freilich noch nichts gesagt. Es könnte durchaus einen „Treibhauseffekt“ geben, der jedoch in der globalen Bilanz untergeht. Jedenfalls erscheinen die Warnungen vor einer Überhitzung der Atmosphäre durch den „Klimakiller“ CO₂ als extrem übertrieben.

Es geht den „Klimaschützern“ in Wirklichkeit gar nicht darum, die Verhältnisse in der Erdatmosphäre detailliert zu analysieren. Es kommt ihnen in erster Linie auf die Propagierung eines wachstumsfeindlichen Weltbildes an. Auf der Suche nach Argumenten gegen die 10 Gebote der Bibel und gegen die freie Marktwirtschaft landeten sie bei der reaktionären Bevölkerungstheorie des englischen Landgeistlichen und Ökonomen Thomas Robert Malthus (1766 bis 1834). In seinem *Essay on the Principle of Population* von 1798 wollte Malthus demonstrieren, dass die Nahrungsmittelproduktion nur linear wachsen könne, während die Bevölkerungszunahme der Exponentialfunktion folge. Mit seiner Behauptung, es gehe gar nicht anders, als dass die Nahrungsmittelproduktion mit Naturnotwendigkeit hinter der Bevölkerungsentwicklung zurückbleibe, wurde Malthus zum Urheber einer ökonomischen Denkrichtung, die sich die Welt nur als geschlossenes System vorstellen kann. In einer solchen Welt ist kein Platz für das ergebnisoffene Wechselspiel von Angebot und Nachfrage, für freien Austausch zu beiderseitigem Vorteil und für Innovationen. Möglich sind nur Nullsummenspiele und die planwirtschaftliche Rationierung eines scheinbar ein für alle Mal gegebenen Ressourcenvorrats.

Die Hungersnöte, vor denen Malthus als Vertreter des gesellschaftlich absteigenden Landadels warnte, wurden in Wirklichkeit erst durch die Einführung hoher Getreidezölle im Interesse dieser Schicht durch das berüchtigte Corn Law und die dadurch verursachte Explosion des Brotpreises heraufbeschworen. Nach der Abschaffung des von den Manchester-Liberalen um Richard Cobden und John Bright bekämpften Corn Law im Jahr 1848 und dem damit verbundenen vorläufigen Sieg der Idee einer offenen Welt des Freihandels gab es in Europa zu Friedenszeiten keine Hungersnot mehr.

Seit Malthus wiederholt sich die Tendenz, auf „Problemlösungen“ in Modell-Welten zu setzen, die zwar real nicht funktionieren können, aber

als moralisch geboten gelten, in verschiedenen Variationen immer wieder. In Amerika forderten Paul und Anne Ehrlich in ihrem 1968 erschienen Bestseller «Die Bevölkerungsbombe» die Reduktion der Weltbevölkerung auf anderthalb Milliarden Menschen. Der im Jahr 1972 erschienene Bericht des Club of Rome «Die Grenzen des Wachstums» war lediglich eine Fortschreibung dieser Weltsicht via Computersimulationen. Bekanntlich haben chinesische Machthaber damit ihre strenge Ein-Kind-Politik mithilfe von Zwangssterilisierungen und Kindestötungen gerechtfertigt.

Die Verdrängung des gesunden Menschenverstandes durch einen ebenso aggressiven wie dämlichen moralischen Diskurs unter Berufung auf erfundene Menschenrechte fordert in unseren Breiten schon länger Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Todesopfern in Form abgetriebener Babys. Dass die Anti-Corona-„Impfstoffe“ gleich welchen Fabrikats, zu denen uns die EU und ihre Mitgliedsstaaten zwingen wollen, mithilfe von Zell-Linien aus abgetriebenen Föten hergestellt werden, müsste wachen Christen gleich welcher Konfession eigentlich genügen, um diese „Impfung“ abzulehnen. Inzwischen sind Zehntausende von Europäern an den Folgen der Anti-Covid-19-„Impfungen“ gestorben, die offenbar vor nichts schützen außer eventuell vor einem schlechten moralischen Ruf. Im Januar 2022 trat der kroatische Europaabgeordnete Mislav Kolakusic dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron, der das „Recht auf Abtreibung“ zu einem Grundpfeiler der europäischen Identität erklärte und stolz darauf hinwies, dass in Europa die Todesstrafe abgeschafft worden sei, im *Plenum des Straßburger Europa-Parlamentes* mit folgenden eindringlichen Worten entgegen: *„Sie haben heute gesagt, dass Sie stolz darauf sind, dass es in Euro keine Todesstrafe gibt“*, sagte Kolakusic. *„Zehntausende von Bürgern sind an den Nebenwirkungen von Impfstoffen gestorben. Eine Impfpflicht bedeutet die Todesstrafe und wird zum Tod vieler Bürger führen“*.

Schon in naher Zukunft könnte die vordergründig moralisch begründete Politik auch unabhängig vom Impf-Zwang zu einer wachsenden Zahl von Todesopfern unter Erwachsenen und Kindern führen, wenn die von den Klimaschützern gewollte Abschaltung unserer effektivsten Kraftwerke und deren „Ersatz“ durch wetterabhängige Solar- und Windkraftanlagen zum flächendeckenden Zusammenbruch unserer Elektrizitätsversorgung führt. Sollte der „Blackout“ während einer winterlichen Kälteperiode eintreten, käme es möglicherweise zu Hunderttausenden von Todesopfern durch Erfrieren oder durch Gewalteinwirkung marodierender Banden auf der Suche nach Resten von Ess- und Trinkbarem. Auch ohne „Blackout“ wäre eine Hungersnot zu befürchten, weil die Produktivität der von den Grünen allein seligmachend erklärten Öko-Landwirtschaft nur etwa halb so groß ist wie beim Nahrungspflanzen-Anbau mit Hilfe der Agrochemie.

Die Kultur des Narzissmus

Wie konnte es dazu kommen, dass im ehemals „aufgeklärten“ Westen die Realität durch infantile Wunschträume verdrängt werden konnte, in denen Jahrhunderte alte Wälder durch Windräder ersetzt werden, in denen sich

in einem Wolkenkuckucksheim Einhörner, zahme Afghanen und vegetarische Wölfe tummeln? Die Antwort fand der amerikanische Historiker Christopher Lasch schon am Ende der 1970er Jahre in seinem Buch „The Culture of Narcissism, American Life in An Age of Diminishing Expectations“. Die (letztlich christlich geprägte) Kultur der Hoffnung und Dankbarkeit gegenüber historisch gewachsenen Institutionen wurde durch die mit der Jugendbewegung von 1968 aufgekommene dekadente Kultur des Narzissmus abgelöst, das heißt durch die Abwertung der Vergangenheit in einem oberflächlichen Progressismus, hinter dem sich blanke Hoffnungslosigkeit verbirgt.

Die Hauptursache der „Kultur des Narzissmus“ sah Christopher Lasch in der Ablösung des patriarchalischen durch den matriarchalischen Führungsstil in Politik und Wirtschaft und in der damit verbundenen Infantilisierung der Menschen durch eine ausufernde Sozialbürokratie. In den postmodernen westlichen Wohlstandsgesellschaften mit einer Kultur des hedonistischen Narzissmus ist eine Generation herangewachsen, die es für selbstverständlich hält, dass der Strom rund um die Uhr aus der Steckdose kommt und Nahrungsmittel in den Supermärkten jederzeit reichlich, frisch und preiswert zur Verfügung stehen. Sehr auf ihr leibliches Wohl bedacht, will diese verwöhnte Generation für sich immer nur das Beste. Der Strom soll aus sauberen „erneuerbaren“ Quellen kommen, die Nahrungsmittel möglichst aus kontrolliertem Bio-Landbau. Dafür bezahlt man auch (wenigstens im Prinzip) gerne etwas mehr, zumal man sich damit vom dumpfen Pack der Malocher abgrenzen kann, dem nichts billig genug sein kann.

Wir leben im ehemals christlich geprägten Westen aber tatsächlich längst im Anfangsstadium einer mehr oder weniger „sanften“ Diktatur, die ihren Namen nicht nennt. Die von George Orwell in seiner Dystopie „1984“ geschilderte Schreckensvision eines totalitären Polizeistaates wird durch neue Überwachungstechniken wie die automatische Gesichtserkennung, die Vorratsspeicherung von Telefon- und Internet-Verbindungsdaten, die mathematische Decodierung verschlüsselter Kommunikation und das automatische Erstellen von Bewegungsprofilen schon heute weit übertroffen. Ganz zu schweigen von der Möglichkeit der Fernsteuerung des Rest-Privatlebens der Bevölkerung durch Gebäudedämm- und Heiz-Vorschriften mit Wärmepumpen und „erneuerbaren“ Energien, durch Smartmeter und Smartgrids bei der Stromversorgung sowie die die Verfolgung von Kontakt- und Bewegungs-Profilen mithilfe des geplanten Corona-Impfpasses und der elektronischen ID. Die von der Europäischen Zentralbank bereits vorbereitete Abschaffung des Bargeldes würde die Möglichkeiten totaler Kontrolle der Untertanen einer im Verborgenen operierenden Machtelite noch abrunden.

Orwells virtuellen „Big Brother“ darf man sich aber nicht als Patriarchen nach dem Vorbild eines ebenso autoritären wie weise vorsorgenden römischen Pater familias vorstellen. Es handelt sich dabei eher um eine herrschsüchtige, sich überall einmischende Matrone. Der ausufernde Wohlfahrtsstaat sei ein matriarchalisches Herrschaftssystem,

behauptet der linke französische Philosoph Jean-Claude Michéa in seinem auch auf Deutsch erschienen Essay „Das Reich des kleineren Übels“ (im franz. Original 2007). Angela Merkels Versuche einer bemutternden Volkspädagogik mithilfe von „Nudging“ (Anstupsen) böten reichlich Belege für seine Behauptung. Paradebeispiel für die Verhaltenslenkung von Individuen durch „Nudging“ ist das Aufmalen einer Fliege in Urinalen, was Männer veranlasst, beim Pinkeln darauf zu zielen und dadurch weniger zu kleckern. Das ist allerdings nur der eher harmlose, wenn nicht lächerliche Teil des Ansinnens.

Viel bedenklicher sind emotionale Erpressungsmethoden, wie sie zurzeit vor allem in der Klima- und Coronapolitik üblich sind. Die Individuen sollen ihre persönlichen Wünsche aufgeben und sich dem fabrizierten Konsens über die Notwendigkeit der Bekämpfung der von dienstbaren „Experten“ als gefährlich erklärten „Pandemie“ der Corona-Grippe und der virtuellen „Klimakrise“ anschließen. Andernfalls droht ihnen soziale Ausgrenzung und wirtschaftlicher Ruin. Unter der heimtückischen matriarchalischen Kontrolle müsse das Subjekt sich fast unvermeidlich selbst die Schuld an seinem Undank und seiner moralischen Verkommenheit geben, schreibt Michéa. Der von der Matrone über eine masochistische, den Vater ausschließende Beziehung instrumentalisierte Selbsthass ist bekanntlich eine Ausdrucksform enttäuschter Selbstliebe. Der Narzissmus, eine durch elterliche Erziehungsfehler (zu viel Lob) verursachte Reifestörung, hat nach einem vor Jahren in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ erschienen Beitrag von Francesco Giammarco in den letzten Jahrzehnten deutlich zugenommen. Wichtigster Indikator dafür sind ausgefallene Vornamen, die Eltern ihren Kindern geben.

Jean-Claude Michéa merkt übrigens an, dass inzwischen auch viele männliche Politiker und Manager den matriarchalischen Führungsstil beherrschen. Die unsichtbare Hand der matriarchalischen Kontrolle sei eben viel schwerer auszumachen als die sichtbare patriarchalische Unterdrückung. Deshalb habe sie sich durchgesetzt. *„Es steht außer Frage“*, schreibt Michéa, *„dass die politische Kontrolle der totalitären Gesellschaften (im Unterschied zu der in klassischen Diktaturen) im Wesentlichen eine mütterliche ist.“*

Der matriarchalische Führungsstil kennt keine festen Regeln. Er arbeitet, je nach Situation, wahlweise mit Verlockungen oder mit hinterlistiger beziehungsweise hinterfotziger Erpressung durch die Androhung von Liebesentzug. Worauf es ihm ankommt, ist das sture Verfolgen eines einmal von „Experten“ zum „Konsens“ erklärten illusionären politischen Ziels um des Machterhalts und des moralischen Images willen. Es kommt bei der Rekrutierung der heute regierenden Machtelite nicht mehr auf Kompetenz an. Den Inhabern von Machtpositionen geht es in erster Linie darum, die eigene Befindlichkeit zu optimieren. Deshalb dekretierten sie das utopische „1,5-Grad-Ziel“ und die vollständige „Dekarbonisierung“ der Wirtschaft in der Klimapolitik und das totalitäre „Zero-Covid“-Ziel in der Gesundheitspolitik. Im Ukrainekrieg kommt das Ziel hinzu, Russland zum westlichen Politik- und

Lebensstil zu erziehen. Wer sich diesen Zielen nicht unterordnet und sich als „Skeptiker“ zu erkennen gibt, wird als moralisch verkommen angeprangert und gesellschaftlich isoliert.

Narzissten glauben im Grunde an nichts richtig. Sie richten ihre durch enttäuschte Selbstliebe entstandene Aggressivität in Form der obsessiven Beschäftigung mit Krankheit und Tod gegen sich selbst. Sie konzentrieren sich darauf, ihre innere Leere und vagabundierenden Ängste durch moralische Überheblichkeit gegenüber dem „Pack“, durch scheinbar gute Taten oder auch durch Genuss- und Ruhmsucht, durch die Kultivierung von Schuldkomplexen und deren Nutzung für die eigene Imagepflege zu überspielen. Die Klimapolitik verspricht der von innerer Leere geplagten Generation von Narzissten satte Gewinne und moralisches Ansehen durch angebliche Zukunftsinvestitionen in „erneuerbare“ Energien. Den Skeptikern hingegen droht der wirtschaftliche Ruin. Das scheint das Geheimnis des Medienerfolges der „Klimakanzlerin“ Angela Merkel gewesen zu sein. Sie konnte sich auf die Wirksamkeit dieses Führungsstils verlassen, weil Narzissmus als Geisteskrankheit nur in seltenen Ausnahmefällen als heilbar gilt.

Schließlich sollte man m. E nicht vergessen, dass das konstruktivistische Wunschdenken nach dem Motto „Kinder an die Macht!“ einen Zwillingsbruder hat, den Dekonstruktivismus französischer Prägung nach Georges Bataille, Michel Foucault, Jacques Derrida und anderen – eine kaum verhohlene „Kultur des Todes“. Beiden gemeinsam ist die Feindschaft zum gesunden Menschenverstand und damit zum Naturrecht, zu dem nicht nur der mehr oder weniger spontane Kosten-Nutzen-Vergleich, sondern auch die Abwägung zwischen mehr oder weniger großen Übeln um des Überlebens willen gehört.

Der Ukraine-Konflikt zeigt uns nun, dass es gar nicht des Dekonstruktivismus bedarf, um das Werk der Zerstörung in Gang zu setzen. Die Wortführer des Westens, die sich angesichts des russischen Einmarsches in die Ukraine als Tugendwächter aufspielen, haben sich seit Jahrzehnten in der Lüge eingerichtet. Es wird lange brauchen, um wieder zur Wahrheit zurückzufinden. So fahren sie fort, auch nach der Eskalation des Ukraine-Konfliktes in Richtung eines globalen Show Down auf die Weltrettung durch Windräder und Solarpaneele zu setzen. Wladimir Putin wird sich davon wohl nicht beeindruckt lassen.

Auf russisches Erdgas nicht verzichten – denn bezahlen müssten wir trotzdem

geschrieben von Admin | 25. April 2022

Ein Embargo für Erdgas aus Russland ist sinnlos, weil wir verpflichtet sind, das vertraglich vereinbarte Erdgas abzunehmen. Falls dies nicht geschieht, muss dennoch gezahlt werden.

von Prof. Dr. Hans-Günter Appel (NAEB)

Henrik Paulitz von der Akademie-Bergstraße stellt fest, aufgrund der bestehenden Gas-Lieferverträge müsse Deutschland vermutlich auch dann Gazprom weiterhin bezahlen, wenn auf den Bezug russischen Erdgases verzichtet würde. Das liegt an den „Take-or-Pay“-Klauseln in den Lieferverträgen. Es könnte die kuriose Situation entstehen, dass Deutschland weit überteuertes LNG-Gas beispielsweise aus den USA bezieht und zugleich an Russland Überweisungen „für heiße Luft“ vornehmen müsste.

„Take-or-Pay“-Verträge

Es geht überwiegend um langfristige Verträge mit Laufzeiten von 10 bis 25 Jahren mit festgelegten Mengen und Preisen. Mehr noch: Es handelt sich um so genannte „Take-or-Pay“-Verträge, bei denen die deutschen Importeure eine unbedingte Verpflichtung zur Zahlung übernommen haben, unabhängig davon, ob man das Erdgas tatsächlich importiert oder nicht. Man muss also die für Jahre vorbestellte Abnahmemenge bezahlen, ob das Gas am Ende abgenommen wird oder nicht.

Um der wechselnden Nachfrage gerecht zu werden durch Schwankungen der Konjunktur oder der Temperatur, werden die Abnahmen flexibel gestaltet. Oft ist es ein Korridor von 80 bis 110 Prozent der vereinbarten Jahresmenge, so ein mit den Modalitäten vertrautes Beratungsunternehmen. Daneben werden auch monatliche Flexibilitäten vereinbart. Wer diese Mengen unterschreitet, bezahlt die nicht abgenommenen Mengen trotzdem. Er kann sie aber teilweise zu einem späteren Zeitpunkt noch abnehmen.

Solche Verträge sind für beide Seiten sinnvoll. Der Aufschluss neuer Gasfelder und der Bau von Leitungen sind sehr teuer. Die langfristigen Lieferverträge mit der „Take-or-Pay“ Klausel geben Sicherheit für Investitionen und auch für die Gaskunden, die mit Gaslieferungen zu garantierten Preisen über viele Jahre kalkulieren können.

Nach der Darstellung von Henrik Paulitz ist es kaum möglich, die Verträge zu brechen und das angebotene Gas nicht zu bezahlen. Aus dem

gleichen Grund kann Putin auch nicht auf der Bezahlung in Rubel bestehen, denn die Verträge wurden in Euro und Dollar abgeschlossen. Ein Erdgasembargo würde unsere Volkswirtschaft massiv belasten, ohne die russischen Erdgaseinnahmen zu schmälern. Das ist erst mit dem Auslaufen der bestehenden Verträge, also in einigen Jahren möglich.

Solar- und Windanlagen brauchen fossile Brennstoffe

Es ist ein Gebot der Stunde, keine Primärenergie zu vernichten. Das geschieht aber mit dem geplanten Ausbau der Wind- und Solarenergie. Habecks 600 Seiten starkes Osterpaket zur Energiewende fordert den Zubau von je 10.000 Megawatt installierte Wind- und Solarleistung jährlich. Für den Bau der Anlagen müssen Jahr für Jahr etwa 20 Milliarden Euro investiert werden. Der Primärenergieaufwand liegt bei 40 Milliarden Kilowattstunden (Für einen Euro Wertschöpfung werden zwei kWh benötigt), vorwiegend als Kohle für die Stahlherstellung, als Erdgas für die Zementproduktion und als Erdöl für die Kunststoffflügel.

Erst Ende des zweiten Betriebsjahres hat eine Windstromanlage mehr Energie erzeugt als für den Bau aufgewendet wurde. Doch dieser Windstrom ist zweitklassig. Seine Leistung schwankt mit der dritten Potenz der Windgeschwindigkeit. Er kann kein stabiles Stromnetz aufbauen. Dazu sind regelbare Kraftwerke erforderlich, die mit ihren großen synchronisierten Generatoren die Netzfrequenz vorgeben und halten. In ein solches Netz kann dann maximal 55 Prozent schwankender Wind- und Solarstrom eingespeist werden. Die schwankenden Wind- und Solarstromleistungen erfordern größere Regelleistungen. Mehr Kraftwerke müssen in Teillast mit geringerer Effizienz betrieben werden. Das heißt, für die Kilowattstunde Regelstrom wird mehr Brennstoff verbraucht als im effizienten Normalbetrieb. Kraftwerke in Bereitschaft brauchen 10 Prozent des Brennstoffbedarfs bei Volllast, ohne Strom zu erzeugen.

Die verfügbare Kraftwerksleistung muss den gesamten Bedarf abdecken. Kraftwerke müssen zu die Stromversorgung voll übernehmen, wenn die Sonne nicht scheint und der Wind nicht weht. (Wasserkraft und Biomasse können nur wenige Prozent des Bedarfs liefern). Das heißt, wir können alle Solar- und Windstromanlagen ohne Probleme abschalten. Sinkt dagegen die Kraftwerksleistung unter den Bedarf, kommt es zu Stromausfällen bis hin zum Blackout. Das Osterpaket zur Energiewende ist überflüssig und vernichtet Energie, statt den Energienotstand zu beheben. .

Medien berichten einseitig

Es ist unverständlich, dass sich Wirtschaftsminister Habeck nicht auf die Gaslieferverträge aus Russland mit den Zahlungsverpflichtungen der Importeure beruft. Er könnte so die teure und fossile Energien verbrauchende Energiewende stoppen, ohne das Gesicht als Grüner zu verlieren. Auch die Medien haben nach meinen Kenntnissen bisher nicht

über die langjährigen Lieferverträge für Erdgas aus Russland aufgeklärt. Dagegen wird der weitere Ausbau der Wind- und Solarstromanlagen immer wieder als Zukunftsmodell ohne Alternative gelobt, statt die Pläne der Regierung kritisch zu analysieren. Das gilt auch für ein Energieembargo aus Russland. Viele Befürworter kommen in den Nachrichten und Talkshows zu Wort. Sachliche Gegenargumente sucht man vergebens.

Was ist zu tun?

Deutschland sollte alle möglichen Energieimporte auch aus Russland nutzen und gleichzeitig die heimische Braunkohleförderung erweitern, statt sie stillzulegen. Die Energie muss optimal genutzt werden. Es muss Schluss gemacht werden mit der Energie verzehrenden Wende. Denn sowohl der Bau weiterer Wind- und Solaranlagen schluckt, wie beschrieben, viel Energie wie auch deren Betrieb, weil die stark schwankenden Leistungen immer mehr Regelstrom erfordern. Die derzeitige politische Lage zwingt uns, die Abwehrfähigkeit Deutschlands zu erhöhen. Auch dazu brauchen wir mehr Energie zur Produktion von Kriegsgerät und Munition und zum Betreiben der Geräte. Ohne Treibstoff sind Flugzeuge und Panzer ohne Wert.

Wir sind gut beraten, auf Energieeinfuhren aus allen Ländern zu setzen, auch aus Russland. Russland hat reichlich Kohle, Öl und Erdgas mit günstigen Transportwegen zu uns. Sofern es nach dem Krieg in der Ukraine wieder möglich ist, mit Russland zu verhandeln und Verträge abzuschließen, sollten wir das nutzen.

Geht der Energiewende das Metall aus?

geschrieben von Admin | 25. April 2022

Kupfer, Nickel, Zinn, Lithium: Den begrenzenden Faktor der metallenen Rohstoffe scheint bei dem grünen Jahrhundertprojekt kaum ein Politiker auf dem Schirm zu haben.

Von Walter Naggl.

Der Versuch, CO₂-Ziele weltweit allein auf der Basis von Windkraft und Sonne zu erreichen, muss scheitern, weil die dafür erforderlichen Metalle bei weitem nicht verfügbar sind. Bereits jetzt ist eine noch nie dagewesene Verknappung der „grünen“ Metalle erkennbar.

„Avanti Dilettanti!“ verspotteten die Grünen in den 1980er Jahren ihre Gegner in den etablierten Parteien. „Avanti, voran!“ gehört heute zum Grundwortschatz grüner Politiker. Deutschland geht mit XY voran, heißt es immer dann, wenn eine Erklärung für das Ausscheren aus dem ansonsten sakrosankten gemeinsamen EU-Weg gesucht wird. Vorangehen suggeriert Fortschritt, und wer wollte sich dem Fortschritt entgegenstellen?

Deutschland geht nun voran beim gleichzeitigen Ausstieg aus Atomenergie und fossilen Brennstoffen und macht Tempo beim Umbau zur Elektrifizierung der Energieversorgung auf der Basis von Wind und Sonne. Die Vereinbarungen des Pariser Klimaabkommens – weltweiter Abbau der CO₂-Emissionen um 45 Prozent bis 2030 und Nullemissionen bis 2050 – wird man damit nicht erreichen, so oder so.

Im hypothetischen Fall, dass der Rest der Welt dem deutschen Beispiel folgt, wäre ein Scheitern wegen der Metallintensität dieses Ansatzes vorprogrammiert. Energiegewinnung durch Wind und Sonne erfordert im Vergleich zu Öl und Kohle einen sehr viel höheren Einsatz von Metallen. Diese stehen bei weitem nicht im ausreichenden Maß zur Verfügung.

Tatsächlich ist es aber so, dass vor allem Asien mit rund 50 Prozent Anteil an den weltweiten CO₂-Emissionen dem deutschen Beispiel nicht folgen will. China und Indien bauen Wind- und Sonnenenergie aus, aber eben auch Kohlekraftwerke. Die Sicherheit der Energieversorgung hat in China Vorrang vor den Klimazielen.

Welches Metall braucht man wofür?

Windkraft und Solarenergie sowie die Elektrifizierung des Verkehrs- und Transportwesens erfordern im Vergleich zu einer fossilen Wirtschaft einen sehr viel höheren Einsatz von Kupfer, Aluminium, Zinn, Nickel, Lithium, Kobalt und Graphit sowie seltene Erden. Kupfer geht in den Motor und die Batterie von Elektroautos ein. E-Autos enthalten im Schnitt rund 85 Kilogramm Kupfer – oder drei- bis viermal so viel wie Verbrenner. Kupfer wird für die Ladevorrichtung von E-Autos gebraucht, für die Infrastruktur von Windanlagen und für Windkraftanlagen selber. Windturbinen auf hoher See enthalten rund 50 Tonnen Kupfer. Ferner braucht man Nickel, Lithium und das Halbmetall Graphit für Batterien und ggf. Kobalt, um diese leistungsfähiger zu machen. Aluminium braucht man für die Fassungen von Solarpaneelen, Zinn für die Verlotung.

Die Internationale Energieagentur IEA erwartet für den Fall, dass alle Länder ihre bisherigen Zusagen zur Reduzierung von CO₂ einhalten (Basisszenario), bis 2050 einen Anstieg des weltweiten Kupferverbrauchs um 14 Millionen Tonnen oder 60 Prozent. Der Bedarf von Metallen, die für den Umbau in eine grüne Wirtschaft wesentlich sind, soll sich in diesem Szenario insgesamt verdreifachen. Im Nullemissions-Szenario soll er auf das Sechsfache steigen. Die IEA erwartet im Nullemissions-Szenario ferner einen gegenüber heute hundertfachen Bedarf an Lithium und eine massive Steigerung der Nachfrage nach Nickel und Kobalt. (Vgl. World

Energy Outlook 2021, WEO, Seite 271f).

Im „World Energy Outlook“ (WEO), der weltweit so etwas wie die Bibel des Umbaus in eine grüne Welt darstellt, geht die IEA an dieser Stelle auch auf Probleme bei der Umsetzung ein, nämlich Erschöpfung der vorhandenen Lagerstätten, lange Vorlaufzeiten für neue Minen oder zunehmender Widerstand gegen den Abbau von Rohstoffen.

Wood Mackenzie, das weltweit führende Beratungsinstitut auf dem Rohstoffsektor, zieht eine drastische Schlussfolgerung: „Why base metals should be high on the agenda – The energy transition can't happen without them, but meeting demand could be mission impossible.“ („Warum Basismetalle ganz oben auf der Agenda stehen sollten – Die Energiewende ist ohne sie nicht zu schaffen, aber die Deckung der Nachfrage könnte eine unmögliche Aufgabe sein.“). Die Investment-Bank Goldman Sachs kommt zur selben Einschätzung: „Goldman believes the copper market has just two years of primary production growth left.“ („Goldman geht davon aus, dass der Kupfermarkt nur noch zwei Jahre lang ein Wachstum der Primärproduktion verzeichnen kann.“)

Was sind die Hintergründe für die Bedenken der IEA und die negativen Schlussfolgerungen von Wood Mackenzie und Goldman Sachs? Im Mittel haben die großen Kupferminen der Welt ein stolzes Alter von knapp hundert Jahren erreicht. 1928 ist der Durchschnitt über alle Jahre der Entdeckung der 20 weltweit größten Kupferminen. Die größte amerikanische Kupfermine, Morenci, geht auf das Jahr 1870 zurück. Die mit einer Produktion von 1 Million Tonnen Kupfer pro Jahr größte Mine der Welt, La Escondida in Chile, wurde 1981 entdeckt und ist damit vergleichsweise jung. Da üblicherweise das Gestein mit dem höchsten Metallgehalt zuerst ausgebeutet wird, nimmt entsprechend dem Alter der Minen der Kupfergehalt des Gesteins immer weiter ab. Die US-Bank Goehring & Rozencwajg schätzt, dass derzeit im weltweiten Mittel Gestein bis zu einem Kupfergehalt von 0,25 Prozent abgebaut wird. Vor 15 Jahren war der sogenannte „cut-off grade“ noch bei 0,4 Prozent, während heute ein Gehalt von 0,4 Prozent als recht gut angesehen wird.

Bis zum „cut-off grade“ lohnt es sich, Kupfer abzubauen. Steigt der Kupferpreis, wie das aktuell der Fall ist, so lohnt es, Gestein mit einem noch niedrigeren Metallgehalt abzubauen, d.h. die Reserven der Minengesellschaften steigen automatisch auch an. Das klingt nach einem sich selbst regulierenden Prozess, hat aber einen Haken.

Die immense politische Bedeutung des Rohstoff-Abbaus für die Entwicklungsländer

Die nachlassende Ergiebigkeit im Kupferbergbau verstärkt den Widerstand gegen den Abbau. Ein Rückgang des „cut-off grade“ von 0,4 Prozent auf 0,25 Prozent scheint zunächst harmlos. Er bedeutet aber, dass für jede Tonne Kupfer nun 400 Tonnen Gestein abgebaut werden müssen, statt 250

Tonnen. Dabei kommen auch unerwünschte Giftstoffe wie Arsen oder Quecksilber ans Tageslicht und verunreinigen Gewässer und die Luft.

Der Widerstand gegen den Abbau metallischer Rohstoffe wächst weltweit und hat z.B. in Chile und Peru linksgerichtete Regierungen an die Macht gebracht, welche das bisherige liberale Wirtschaftsmodell infrage stellen. Investitionen in Minen erfordern jedoch Milliardenbeträge und Planungssicherheit über Jahrzehnte. Ist diese Sicherheit nicht gegeben, dann wird entsprechend weniger oder gar nicht investiert.

In Serbien haben Umweltverbände die Regierung gerade gezwungen die Konzession für den Abbau von Lithium in Jadar wieder zurückzunehmen. Die Umweltverbände streben nun ein Gesetz an, wonach der Lithiumabbau dort generell verboten werden soll. Jadar sollte einmal die größte Lithiummine Europas werden. Auch in den USA wollen die Behörden die Bevölkerung in den betroffenen Gebieten nicht gegen sich aufbringen. Anforderungen für den Abbau von Metallen werden verschärft, und Planungs- und Genehmigungsverfahren bleiben im Behördenschlingel über Jahre hängen oder werden beerdigt.

Goldman Sachs gibt eine sehr genaue Prognose über das zu erwartende Angebot bei Kupfer ab. In diesem und im nächsten Jahr soll es noch steigen, und danach erwartet man keinen weiteren Anstieg mehr. Zufällig nehmen große Minen wie Quellaveco in Peru oder Kamoakakula im Kongo nun Fahrt auf, danach ist nicht mehr viel zu erwarten. Das lässt sich deshalb relativ sicher sagen, weil große Minen eine lange Vorlaufzeit von der Entdeckung bis zur Evaluierung, Planung und Genehmigung bis zum ersten Spatenstich, Errichtung, Produktionsbeginn und schließlich voller Produktion haben. Kamoakakula, z.B., wurde 2004 entdeckt und ging letztes Jahr mit 240.000 Tonnen in Produktion. Für dieses Jahr wird eine Verdopplung der Produktion erwartet und für 2028 die maximale Produktion von 800.000 Tonnen jährlich.

Nur erwähnt sei an dieser Stelle noch, dass die Weiterverarbeitung der metallischen Rohstoffe zum fertigen Industrieprodukt im Wesentlichen in China erfolgt, nämlich zu 35 Prozent bei Nickel, 40 Prozent bei Kupfer, 58 Prozent bei Lithium, 65 Prozent bei Kobalt und 87 Prozent bei seltenen Erden, welche für die Magnetisierung der Windturbinen benötigt werden. Die Welt ist bei der Elektrifizierung also abhängig von China.

Aluminium erfordert zu viel Strom

Als Fazit lässt sich feststellen, dass der versuchte Umbau in eine grüne Wirtschaft zu einem hohen Defizit beim Angebot von Kupfer gegenüber der zu erwartenden Nachfrage führen wird. Dies gilt mit gewissen Nuancen auch für die übrigen grünen Metalle. (Kupfer wurde hier exemplarisch behandelt, da es wegen seiner hohen Leitfähigkeit für elektrischen Strom im Mittelpunkt der Elektrifizierung steht.) Das britische Bergbauunternehmen Rio Tinto, z.B., schätzt, dass die Elektromobilität 60 Minen in der Größe von Jadar erfordert. Auch der Ersatz von Kupfer

durch das weniger leitfähige Aluminium bietet im Übrigen keinen Ausweg, da Aluminium einen hohen Einsatz von elektrischem Strom bei seiner Herstellung erfordert, und der ist inzwischen sehr teuer. Aluminium, das auch als Elektrizität in fester Form bezeichnet wird, hat darüber hinaus eine kontraproduktive CO₂-Bilanz.

Die Defizite bei den grünen Metallen lassen sich bereits jetzt beobachten. Die Preise für Kupfer, Aluminium, Lithium, Kobalt oder Nickel sind seit Ende 2021 an oder nahe ihren historischen Höchstständen. Der Preis für batteriefähiges Lithium-Karbonat hat sich allein seit Juli letzten Jahres verfünffacht. Die Kupfervorräte an den Metallbörsen der Welt sind so niedrig wie nie.

Der Preisanstieg bei den grünen Metallen wirkt sich nun auch bei den Endprodukten der Elektrifizierung aus. Batterien, die infolge des technischen Fortschritts und der Massenproduktion Jahr für Jahr billiger und damit konkurrenzfähiger wurden, werden wieder teurer. In China stehen infolgedessen zweistellige Preissteigerungen für E-Autos bevor. Würde nun die ganze Welt versuchen die Ziele der CO₂-Reduzierung um 45 Prozent bis 2030 und 100 Prozent bis 2050 zu erreichen, so käme es nicht nur zu exorbitanten Preissteigerungen und Rationierung bei den grünen Metallen, sondern eben auch bei Photovoltaik, Windturbinen und E-Autos. Die Welt kann und wird diesen Weg nicht gehen. Das wird sofort klar, wenn man die Ausgangslage berücksichtigt:

Großzügig gerechnet, machten im Jahr 2020 die Windkraft drei Prozent und Photovoltaik ein Prozent an der weltweiten Primärenergieerzeugung aus. Die deutsche Politik kann es noch länger versuchen, auf Wind und Sonne zu setzen – zu einem hohen Preis, nämlich der Verarmung breiter Schichten. Da der Beitrag Deutschlands zur weltweiten CO₂-Emission weniger als 2 Prozent ist, spielt es für den weltweiten Pfad der Emissionen nur eine minimale Rolle, was hier passiert. Auf Asien mit seinem Beitrag von rund 50 Prozent kommt es an. Dort wird man weder eine exorbitante Verteuerung der Energie in Kauf nehmen noch eine Beeinträchtigung der Versorgungssicherheit, so sie überhaupt schon erreicht ist. Stromausfall will man dort nicht, das hat man schon gehabt. Präsident Xi hat erst jüngst noch einmal klargestellt, dass sichere Energieversorgung Vorrang vor dem Ziel der Verringerung des CO₂-Ausstoßes hat.

China fördert 40-mal so viel Kohle wie Deutschland

Als sich im Herbst letzten Jahres die weltweite Energieverknappung abzeichnete, gab Xi Anweisung, die Kohleproduktion im Land auf das maximal Mögliche zu steigern und weltweit zu jedem Preis Kohle, Erdgas und Öl zu kaufen. Die chinesische Kohleproduktion stieg demzufolge in den ersten beiden Monaten dieses Jahres um 10 Prozent und wird damit mehr als 4 Milliarden Tonnen jährlich erreichen.

Deutschland zum Vergleich: 100 Millionen Tonnen. Allein der Produktionszuwachs in China in diesem Jahr ist also das Vierfache der gesamten deutschen Kohleerzeugung!

Indien ist wie China ganz wesentlich auf Kohle als Energieträger angewiesen. Kohle macht 70 Prozent der Stromproduktion aus. Als die Kohlevorräte der großen Stromerzeuger im September letzten Jahres auf den Bedarf weniger Tage schrumpften, war somit die Versorgungssicherheit des Landes aufs Höchste gefährdet. Das hat zu einem drastischen Schritt geführt: Indien plant die Kohleproduktion von 690 Millionen Tonnen, die im Fiskaljahr 2020/21 erreicht wurden, bis zum Fiskaljahr 2023/24 auf 1,2 Mrd. Tonnen bzw. um 75 Prozent zu steigern. Damit will man Importe in Höhe von 200 Millionen Tonnen ersetzen sowie die Sicherheit der Energieversorgung gewährleisten.

Asien ist also nicht bereit, seine Versorgungssicherheit zugunsten von CO₂-Zielen zu gefährden. Den überstürzten Ausstieg aus der Kernenergie in Deutschland sieht man als mitverantwortlich für die weltweite Energieverknappung Ende letzten Jahres. Was leuchtendes Vorbild sein sollte, wurde zum abschreckenden Beispiel.

(Diese Ausführungen sind keine Kaufempfehlung für die angesprochenen Metalle. Preise können wegen Konjunkturreinbrüchen, Platzen der Immobilienblase in China oder aus anderen unvorhersehbaren Gründen fallen.)

Dr. Walter Naggl hat an der Universität München zum Thema ifo-Umfragen promoviert und auf dem Gebiet der Wechselkurse habilitiert. Nach zehnjähriger Tätigkeit bei einer Bank war er 20 Jahre selbstständig auf dem Gebiet der Vermögensanlage für Versicherungen tätig.

Der Beitrag erschien zuerst bei ACHGUT hier

Wir werden die Wahrheit über die Sicherheit der Energieversorgung auf den Tisch bekommen.

geschrieben von Admin | 25. April 2022

Damit das Gas nicht ausgeht.

Klimawandel und Energiewende: zwei große Themen dieser Zeit, die eng miteinander verbunden sind. Schließlich dient das gängige Narrativ von der angeblich drohenden „Klimakatastrophe“ vielen Akteuren in Medien und Politik dazu, tiefgreifende Veränderungen insbesondere in Fragen der Energieversorgung einzufordern. Doch stimmt dieses Narrativ? Schon in der JF-TV Dokureihe „Mythos Klimakatastrophe“ kam eine Vielzahl von Aspekten zur Sprache, die gegen dieses Narrativ sprechen, von Leitmedien jedoch durchweg ignoriert werden. Der ehemalige Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt lieferte jüngst in einer Studie einen weiteren: „Der Großteil der Erwärmung der vergangenen 20 Jahre ist Veränderung der Wolken zurückzuführen“, so Vahrenholt mit Blick auf ebendiese Studie. Damit scheint es einen natürlichen Effekt zu geben, der die Erwärmung durch Treibhausgase laut Messungen übersteigt. Trotzdem sei die Erwärmung der vergangenen Jahrzehnte „moderat“ und kein Anlass für panischen Aktivismus, so Vahrenholt, dessen Studie in Leitmedien allerdings durchweg ignoriert wurde. Vielmehr wurde er jüngst in einem Beitrag auf Spiegel-Online von Stefan Rahmstorf, einem bekannten Forscher des Potsdam-Instituts für Klimafolgenforschung, einmal mehr angegriffen, wobei Rahmstorf geschickt ein anrühiges Bild von Vahrenholt zeichnet, das nur mit der Realität nichts zu tun hat. Im Gespräch mit JF-TV erwehrt sich Vahrenholt der Vorwürfe und erwidert: „Es ist eine Unverschämtheit, meinen Lebenslauf so zu fälschen!“

Im zweiten Teil des Interviews erklärt Vahrenholt, der übrigens federführend in die Entwicklung sogenannter „Erneuerbar Energien“ in Deutschland involviert war, warum selbige nicht geeignet sind, eine Industrienation zu 100 Prozent mit Energie zu versorgen. Er habe nichts gegen diese Technologien, habe sie schließlich selbst mit entwickelt, doch bei mehr als 40 oder 50 Prozent Anteil an der Energieversorgung werde es teuer, ineffizient und zunehmend instabil. Der „große Fehler“ schon der Merkelregierungen sei es indes gewesen, auf Atom und Kohle verzichten und die wegfallenden Kapazitäten mit Erdgas ersetzen zu wollen. Die Folgen dessen zeigten sich nun anhand des Ukrainekriegs und der immensen Abhängigkeit Deutschlands von Rußland. Daher müsse die Bundesregierung der Bevölkerung dringend „die Wahrheit sagen“, dass die im Koalitionsvertrag angekündigte Energiewende spätestens durch den Wegfall von Nordstream 2 nicht mehr funktionieren könne. Dafür sei es offenbar noch zu früh, doch wir werden „die Wahrheit über die Sicherheit der Energieversorgung auf den Tisch bekommen, denn dieses System wird jetzt instabiler“, so Vahrenholt, der fürchtet, dass wir in Sachen Energiewende „am Ende der Fahnenstange angekommen sind“. Welche Lösungsvorschläge der ehemalige Hamburger Umweltsenator für die Energiekrise macht, welche Erwartungen er an eine Bundesregierung mit Beteiligung der Grünen hat und wieso die Erderwärmung bei weitem nicht so dramatisch zu sein scheint, wie immerzu behauptet, erfahren Sie in dieser Ausgabe von JF-TV THEMA mit Fritz Vahrenholt: Damit das Gas nicht

ausgeht.

Energiepolitik. Hätte der Ukraine-Krieg verhindert werden können?

geschrieben von Admin | 25. April 2022

von Edgar L. Gärtner

Die EU-Kommission hat sich durch ihr Nachgeben gegenüber der in Brüssel einflussreichen grünen Lobby deutscher Provenienz in der Energiepolitik selbst erpressbar gemacht. Sie hat damit (ungewollt) Wladimir Putin ermutigt, seine Probleme mit der Ukraine und der NATO militärisch zu lösen. Samuele Furfari, ehemaliger Top-Beamter der EU-Direktion Energie, wird nicht müde, das zu wiederholen. Er verweist dabei auf das mit seiner maßgeblichen Beteiligung entstandene EU-Grünbuch zur Energieversorgungssicherheit, das die Kommission im Spätherbst 2000 vorlegte. Darin schlägt die Kommission eine Strategie der Diversifizierung der Energieversorgung vor – und zwar auf dreierlei Weise: Diversifizierung der Energiequellen (Kohle, Öl, Gas, Kernkraft, Wasserkraft usw.), zweitens Diversifizierung der Herkunftsländer und drittens Diversifizierung der Versorgungswege. Doch stattdessen setzte Angela Merkel ab 2005 auch in Brüssel ihre Agenda der „Energiewende“ durch. Deutschland und einige seiner Nachbarländer wurden nach und nach mit riesigen Windrädern bepflanzt. Da deren Leistung stark wetterabhängig ist, benötigen sie Backup-Kraftwerke, wozu sich am besten schnell hochfahrbare Gasturbinen eignen.

Schon im September 2008 (ich nahm gerade am 8. Economic Forum über das Thema Energiesicherheit im Badeort Krynica-Zdrój in den Karpaten teil) wies ich in einem Meinungs-Beitrag im „Wall Street Journal“ darauf hin, dass der Anstieg des deutschen Gasbedarfs eng mit dem Rhythmus des Ausbaus der Windkraftanlagen korreliert ist und dass daraus – angesichts der damaligen russischen Invasion in Georgien – eine Gefahr für die Energiesicherheit Deutschlands und Europas durch eine zu große Abhängigkeit von Gasimporten aus Russland erwächst. Heute ist die EU zu über 45 Prozent von russischen Gasimporten abhängig, Deutschland sogar zu 55 bis 60 Prozent. Zuletzt strömten Jahr für Jahr 155 Milliarden Kubikmeter russisches Gas in die EU-Länder. Die EU wurde dadurch zum mit Abstand wichtigsten Gas-Kunden der Russen. Im Rahmen der von der NATO und der EU gegen Russland verhängten Sanktionen soll die EU bis Ende 2027 nun ganz auf russisches Gas verzichten können. Schon in diesem Jahr sollen die Gas-Importe nach dem Willen Ursula von der Leyens um ganze 100 Milliarden Kubikmeter reduziert werden. Doch das ist nicht nur wirtschaftlich, sondern auch physisch unmöglich.

Die ratlose Ampel-Regierung in Berlin setzt nun auf Flüssiggas-Importe aus den USA – Gas, das zum größten Teil mithilfe der Fracking-Methode gewonnen wird, die die EU-Staaten verboten haben, um sich selbst zu kastrieren. Das amerikanische Flüssiggas, abgekürzt LNG (Liquid Natural Gas), kostet etwa dreimal so viel wie das Russengas. Andere bedeutende LNG-Lieferanten wie etwa Australien, Katar, Algerien, Malaysia oder Nigeria kommen dafür kaum in Frage, da ihre Kapazitäten längerfristig durch Lieferverträge mit China, Japan und Südkorea gebunden sind oder in Algerien hauptsächlich der Eigenversorgung dienen. Um allein die 55 Milliarden Kubikmeter Erdgas, die die Pipeline Nord Stream 1 jährlich von Sibirien durch die Ostsee nach Mecklenburg-Vorpommern transportiert, durch LNG aus den USA zu ersetzen, müssten allerdings jeden Tag bei jedem Wetter 1 bis 2 Gastanker der bislang üblichen Größe deutsche Häfen anlaufen. Noch gibt es aber an der deutschen Nordseeküste kein einziges LNG-Terminal, weil die Grünen deren Bau bislang verhindert haben. Die Entladung eines LNG-Tankers dauert übrigens 20 Stunden, bei größeren Tankern entsprechend länger.

Immerhin gibt es in anderen EU-Ländern einige LNG-Terminals. Auf der Iberischen Halbinsel gibt es acht, die aber nicht an die Gasnetze jenseits der Pyrenäen angeschlossen sind, weil der französische Staat das abgelehnt hat. Sie können also bis auf weiteres nicht dazu dienen, auf relativ kurzem Weg Gas aus Algerien nach Westeuropa zu transportieren. In diesem Jahr kann die EU nach Schätzungen von Samuel Furfari und Alain Pr at voraussichtlich nur 15 Milliarden Kubikmeter LNG zusätzlich importieren. Dadurch s nke die Abhängigkeit vom Russengas um acht Prozentpunkte, während die Abhängigkeit vom US-Schiefergas von 7 auf 15 Prozent stiege. Ein Zusammenbruch der deutschen Wirtschaft wäre dadurch nicht abwendbar. Kurz- und mittelfristig hilft uns deshalb bei der Gasversorgung nur die Erschließung der heimischen Schiefergas-Vorkommen, die in Deutschland auf etwa zweieinhalbtausend Milliarden Kubikmeter gesch tzt werden. Dafür müssten allerdings die Grünen ihre nicht nachvollziehbare Ablehnung der Fracking-Technik aufgeben.

Die nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Westeuropa sich entwickelnde tiefe Energiekrise ist also in jeder Hinsicht hausgemacht. Unsere Lage wird noch durch die von der Biden-Administration, EU-Kommission und den nationalen Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten nun geforderte Moralisierung der Geschäftspolitik noch verschlimmert. Im Klartext: Russland soll durch harte Wirtschafts-Sanktionen im Sinne westlicher „Werte“ umerzogen werden. Den Russen wird dadurch das Recht abgesprochen, anders zu ticken als die Westeuropäer. Der Energie-Charta-Vertrag (ECT) von 1994 hätte demgegenüber die Chance geboten, eine europäische Sicherheitsarchitektur auf der Basis verlässlicher Rohstoff-Lieferungen aufzubauen. Ich gehe davon aus, dass Wladimir Putins Angebote auf der Münchner Sicherheitskonferenz und vor den Deutschen Bundestag am Beginn dieses Jahrhunderts keine hinterhältige Taktik waren, um die Deutschen in eine Falle zu locken. Erst der von Bundeskanzlerin Angela Merkel nach dem Reaktor-Unglück von Fukushima überraschend verkündete „Atom-Ausstieg“, das Verbot der Erdgas-

Prospektion und der nur wenige Jahre später von den Grünen aller etablierter Parteien beschlossene „Kohle-Ausstieg“ machten Deutschland erpressbar. US-Präsident Donald Trump hat ausdrücklich davor gewarnt.

Konkreter Auslöser von Putins militärischem Eingreifen in der Ukraine scheint deren dauerhafte Missachtung der Minsk-Abkommen I und II zu sein, die von Frankreich und Deutschland ausgehandelt wurden. Diese Abkommen gestehen den russophonen Donbass-Republiken eine Selbstverwaltung innerhalb eines neutralen und entmilitarisierten ukrainischen Staates zu. Die vom westfälischen Frieden von 1648 inspirierten Abkommen, in der Ukraine nach dem damaligen deutschen Außenminister Frank Steinmeier als „Steinmeier-Formel“ benannt, stießen beim ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskij und seinen Beratern jedoch auf Unverständnis. Dahinter steht vermutlich der Versuch der US-Außenpolitik, eine europäische Lösung des Ukraine-Konflikte zu verhindern. Die US-Politik kann sich aufgrund der weitgehenden Energie-Autarkie der USA die Konfrontation mit Wladimir Putin auf Kosten europäischer Interessen leisten. Immerhin ist von der US-Vize-Außenministerin Victoria Nuland der Ausspruch „Fuck the EU!“ dokumentiert.